

Frankreich kompromissbereit

EU-Gipfel in Barcelona: Jospin fordert gemeinsames Mindestmass an Verpflichtungen

BARCELONA: Frankreich will sich der von den restlichen EU-Staaten angestrebten Öffnung der Energiemärkte grundsätzlich nicht länger widersetzen. Staatspräsident Jacques Chirac sagte beim EU-Gipfel in Barcelona am Freitag, unter bestimmten Bedingungen sei eine Liberalisierung akzeptabel. Bundeskanzler Gerhard Schröder zeigte sich zuversichtlich, dass die Staats- und Regierungschefs einen Kompromiss erzielen würden. Finanzminister Hans Eichel sagte: «So etwas wie eine stufenweise Öffnung wird sicherlich ein Ergebnis sein.»



Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac (links) sagte, das unter bestimmten Bedingungen die Öffnung der Energiemärkte akzeptabel sei. (Bilder: Keystone)

Frankreich blockiert seit Jahren die von allen anderen Mitgliedstaaten befürwortete Liberalisierung. Der französische Premierminister Lionel Jospin sagte, ein Zeitplan für die Liberalisierung reiche nicht aus. Es müsse ein gemeinsames Mindestmass an Verpflichtungen für die öffentliche Versorgung definiert werden, die das Recht auf Zugang zum Strommarkt und angemessene Tarife für alle Verbraucher garantierten. Eine Regulierungsbehörde müsse dies gewährleisten. Schröder sagte, er sei sich sicher, dass ein Kompromiss mit Frankreich möglich sei: «Die Richtung muss stimmen, und das scheint erreichbar.»

Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, dass Unternehmen ihren Stromanbieter 2003 und 2004 auch ihren Gasanbieter frei wählen können. 2005 will die Behörde diesen Zugang allen Verbrauchern ermöglichen. Frankreich aber will allenfalls die Märkte für Geschäftskunden öffnen, weil Paris bei der völligen Liberalisierung den Abbau von Arbeitsplätzen und einen zu grossen Einfluss ausländischer Firmen auf die heimische Energieversorgung befürchtet.

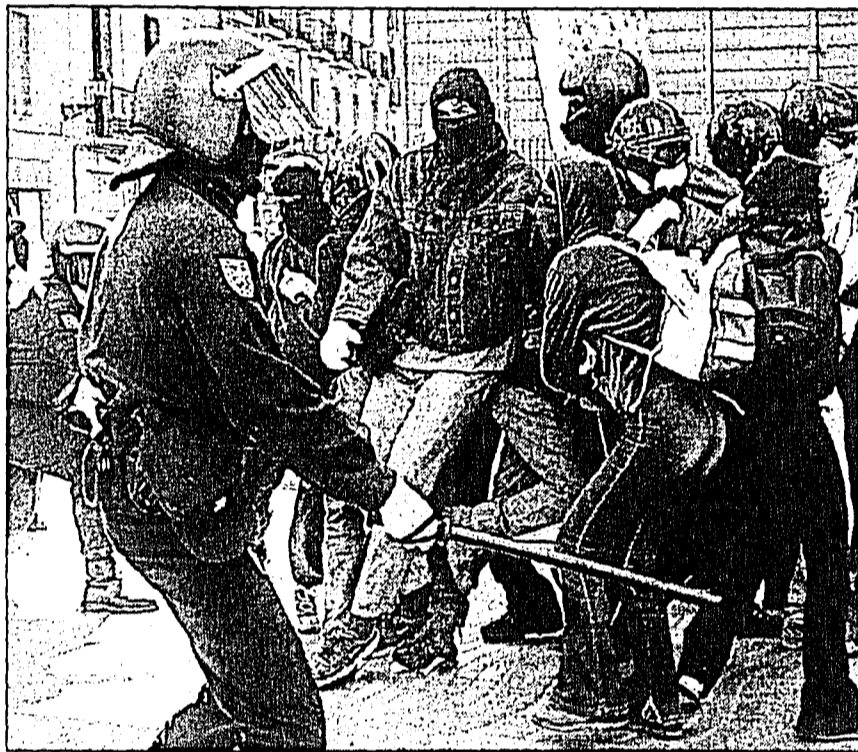
Eichel zeigte Verständnis dafür, dass Frankreich sich vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen kaum bewegen könne. Demgegenüber sagte der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, es gehe nicht an, dass einzelne Länder ihre Märkte abschotteten und mit der Monopolrente in anderen Ländern auf Einkaufstour gingen.

EU fordert volle Bewegungsfreiheit für Arafat

Die Staats- und Regierungschefs wollten ferner Israel auffordern, dem palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat wieder unbegrenzte Bewegungsfreiheit zuzugestehen. Dies ging aus dem Entwurf einer Nahost-Erklärung hervor, die der Gipfel verabschieden wollte. Darin fordert die EU Israel auf, «unmittelbar alle noch bestehenden Einschränkungen ... aufzuheben». Zugleich stellte sich die EU in dem Entwurf hinter die jüngste Resolution des UN-Sicherheitsrats, die erstmals die Vision von Palästina als

gleichberechtigten Staat neben Israel zeichnete.

Am Mittag wurden die Staats- und Regierungschefs der 13 Beitrittskandidaten in Barcelona empfangen. Sie nahmen erstmals an einer Diskussion des Europäischen Rates teil, bei der es um Themen ausserhalb des Beitrittsprozesses ging. Am Rande des Gipfels vereinbarten Schröder und EU-Kommissionspräsident Romano Prodi regelmässige Konsultationen vor europäischen Räten. Schröder machte dabei klar, dass er weiterhin deutsche Interessen mit Nachdruck in der EU vertreten werde. Während am Donnerstag in Barcelona rund 50 000 Globalisierungsgegner friedlich demonstriert hatten, kam es am Freitag zu Krawallen. In deren Verlauf wurden mindestens fünf Personen festgenommen. Die spanische Polizei leitete für den Gipfel ihren grössten Einsatz seit den Olympischen Spielen in Barcelona 1992.



Am Rande des EU-Gipfels ist es am Freitag zu Ausschreitungen zwischen Demonstranten und der Polizei gekommen.

Falun-Gong-Anhänger demonstrieren weiter

HONGKONG: Wenige Stunden nach ihrer Freilassung haben die vier Schweizer Falun-Gong-Anhänger ihren Hungerstreik vor der chinesischen Vertretung in Hongkong wieder aufgenommen. Sie wollen ihre Protestaktionen bis am Samstag weiterführen. «Wir verbrachten neun Stunden in Haft», sagte Eric Bachmann, eines der Schweizer Falun-Gong-Mitglieder der Nachrichtenagentur sda am Freitag.

Neue US-Angriffe

GARDES: Die Offensive gegen El-Kaida- und Taliban-Kämpfer in den Bergen Ostafghanistans ist am Freitag mit neuen Bombenangriffen fortgesetzt worden. Nach Einschätzung der US-Armee ist der Kampf noch lange nicht beendet. «Der Kampf geht in den benachbarten Zonen des Tals Schahi Kot weiter», sagte ein Kommandant der an der Seite der US-Truppen kämpfenden afghanischen Streitkräfte in Gardes. Die Basis der El Kaida und der Taliban sei zerstört.

Tsvangirais Beteiligung verlangt

JOHANNESBURG/HARARE: Südafrikas Präsident Thabo Mbeki drängt seinen Kollegen Robert Mugabe in Simbabwe, die Opposition an der Regierung zu beteiligen. Das soll die internationale Kritik an Verlauf und Ergebnis der Präsidentschaftswahl entschärfen. Mbeki habe Mugabe am Donnerstag einen Vorschlag überbringen lassen, der darauf hinauslaufe, den Wahlverlierer Morgan Tsvangirai in eine Regierung der Nationalen Einheit aufzunehmen, verlautete in Pretoria.

Verlegung der Hindu-Zeremonie

AYODHYA/INDIEN: Der Disput um eine umstrittene Hindu-Zeremonie in der indischen Stadt Ayodhya scheint entschärft: Der zuständige Hindu-Priester Ramchandra Das kündigte am Freitag unerwartet an, die Feierlichkeiten auf ein Gelände ausserhalb des Tempelareals verlegen zu wollen. Einen für das Tempelgelände bestimmten Pfahl könne er ausserhalb des Geländes an einen Mittelsmann übergeben, sagte Das.

Anklage gegen Dutroux

BRÜSSEL: Einer Anklage gegen den Kinderschänder Marc Dutroux steht nichts mehr im Wege. Die belgischen Behörden schlossen die Faktensammlung zur Entführung von sechs Mädchen, von denen vier starben, ab. Dies bestätigte Untersuchungsrichter Jacques Langlois der belgischen Nachrichtenagentur Belga am Freitag. Das Dossier, das ursprünglich schon Ende Februar fertig sein sollte, werde in Kürze an die Staatsanwaltschaft gehen. Diese kann dann ihre Anklage formulieren.

US-Atompläne kritisiert

SEOUL: Die nordkoreanische Regierung hat die US-Geheimpläne für mögliche Atomwaffeneinsätze gegen sieben Länder, einschliesslich Nordkorea, heftig kritisiert. Washington setze seine Politik der «atomaren Erpressung» fort, hies es am Mittwoch in der ersten nordkoreanischen Stellungnahme zu entsprechenden Berichten. Die US-Regierung verfolge einen «grausamen Plan» für ein erneutes weltweites Wettrüsten.

Neuordnung Jugoslawiens «unhaltbar»

BELGRAD: Der serbische Justizminister Vlado Batic hat die geplante Umstrukturierung Jugoslawiens in zwei nahezu unabhängige Staaten Serbien und Montenegro als «unhaltbar» kritisiert. «Diese Imitation eines Staates kann nicht lange überleben», sagte Batic am Freitag. Solch ein Staatsgebilde gebe es bisher weder in der Praxis, geschweige denn in der Theorie.

Die Vereinbarung über die Neuordnung Jugoslawiens war am Donnerstag von Vertretern Serbiens und Montenegros unterzeichnet worden. Sie kam unter Vermittlung der Europäischen Union zu Stande. Die Bundesrepublik Jugoslawiens soll danach in Serbien und Montenegro umbenannt werden. Mit dem Abkommen, das noch vom Bundestag und den Parlamenten der beiden Republiken ratifiziert werden muss, soll ein Auseinanderbrechen des Balkanstaates verhindert werden. Die Aussen- und Verteidigungspolitik soll in gemeinsamer Verantwortung bleiben. Währung, Zollsystem und Wirtschaftspolitik sollen aber künftig in eigener Regie betrieben werden. Das Abkommen sieht jedoch auch die Möglichkeit einer völligen Unabhängigkeit der Republiken Serbien und Montenegro nach drei Jahren vor.

Der jugoslawische Staatspräsident Vojislav Kostunica sprach von einem endgültigen Bruch mit dem Regime seines Vorgängers Slobodan Milosevic. Auch der serbische Finanzminister Bozidar Djelic äusserte sich positiv. Dies werde zu einer rascheren wirtschaftlichen Entwicklung Serbiens beitragen, sagte er zu Journalisten.

US-Gesandter Zinni sehr zuversichtlich

Lage in Nahost etwas entspannter

JERUSALEM: Der US-Sondergesandte Anthony Zinni hat sich am Freitag nach ersten Gesprächen mit Israelis und Palästinensern sehr zuversichtlich gezeigt, dass sich beide Seiten in den kommenden Tagen auf einen Waffenstillstand verständigen. Die israelische Armee zog sich nach ihrem grössten Einsatz seit der Invasion Libanons 1982 aus mehreren besetzt gehaltenen Städten im Westjordanland zurück. Bei anhaltenden Gefechten und einer Explosion kamen aber auch wieder mindestens neun Palästinenser ums Leben, darunter vier Kinder.

Zinni, der zuerst mit dem israelischen Verteidigungsminister Benjamin Ben Elieser und Aussenminister Schimon Peres gesprochen hatte, sagte am Freitagabend nach einer 90-minütigen Unterredung mit dem palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat, seine bisherigen Treffen seien «sehr positiv» gewesen. «Ich denke, wir können in den kommenden Tagen mit der Umsetzung des Plans beginnen, den wir mitgebracht haben.» Ähnlich optimistisch äusserten sich auch Ben Elieser und Peres. Zinnis Mission sei schwierig, ein Erfolg aber möglich, sagte Peres, «denn beide Seiten wollen ihn und brauchen ihn».

Die israelischen Truppen begannen am Donnerstag wenige Stunden nach der Ankunft Zinnis mit ihrem Rückzug aus Ramallah, Tulkarem und Kalkilja und hatten ihn am Freitag abgeschlossen.

Sie blieben aber in Bethlehem und Beit Dschalla und hielten die Flüchtlingslager Dheischeh und Aida mit



Der amerikanische Nahostbeauftragte Anthony Zinni (links) hat sich nach seinem Treffen mit Palästinenserpräsident Jassir Arafat in Ramallah sehr ermutigt über seine bisherigen Gespräche geäussert.

Panzern umstellt. Israel erfüllte damit die nachdrückliche Forderung der USA nach einem vollständigen Rückzug nicht. Ministerpräsident Ariel Sharon sagte, die Truppen würden sich zurückziehen, sobald die Operationen zur Terrorbekämpfung beendet seien.

Der palästinensische Unterhändler Sajeb Erakat betonte vor der Unterredung Arafats mit Zinni, die Palästinenser bestünden darauf, dass sich die israelischen Truppen vor der Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen aus den Autonomiegebieten vollständig zurückziehen müssten. Diese Forderung wiederum wurde von Israel zurückgewiesen.

Die Europäische Union fordert für Arafat eine unbegrenzte Reisefreiheit. Dies ging aus dem Entwurf einer Nahost-Erklärung hervor, den die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfel-

treffen in Barcelona erörterten. Darin wird Israel aufgerufen, «unmittelbar alle noch bestehenden Einschränkungen von Arafats Bewegungsfreiheit aufzuheben».

Frau und vier Kinder bei Explosion getötet

Bei den anhaltenden Auseinandersetzungen erschossen israelische Soldaten im Gazastreifen drei Palästinenser. Einer von ihnen soll versucht haben, eine Bombe zu legen. Bei einer Explosion am Rande des Flüchtlingslagers Bureidsch im Gazastreifen wurden eine Frau und vier Kinder getötet. Die Palästinenser warfen der israelischen Armee vor, den Sprengsatz dort deponiert zu haben. Israel wies diese Darstellung zurück. Im Westjordanland wurde ein mutmasslicher palästinensischer Kollaborateur erschossen.